

## Verspielte Einheit? Der Kalte Krieg und die doppelte Staatsgründung 1949

**Veranstalter:** Stiftung Ettersberg; Landeszentrale für politische Bildung Thüringen

**Datum, Ort:** 13.04.2019, Erfurt

**Bericht von:** Janin Klein, Historisches Institut, Graduiertenkolleg „Die DDR und die europäischen Diktaturen nach 1945“, Friedrich-Schiller-Universität Jena

Im Vergleich zu den Jahren 1919 oder 1989 findet das Jahr der deutschen Teilung und der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 in der Öffentlichkeit deutlich weniger Aufmerksamkeit, wie FRANZ-JOSEF SCHLICHTING (Erfurt) in seiner Eröffnung einleitend festhielt. Um den Wiedervereinigungsprozess des Jahres 1989 betrachten zu können, sei aber auch ein Blick auf die Vorgänge der Teilung 1949 aus innen- und außenpolitischer Perspektive sinnvoll, weshalb sich das Tagesseminar mit dieser Thematik befasse.

Auch JÖRG GANZENMÜLLER (Ettersberg) betonte in der folgenden Einführung diesen Aspekt. 2019 sei nicht nur das Jahr 30 Jahre nach der „friedlichen Revolution“, sondern auch der 70. Jahrestag des Beginns der deutschen Teilung. Man solle daher die Umstände und Voraussetzungen der Teilung, das Ende des Zweiten Weltkrieges, sowie die Niederlage und Besatzung Deutschlands betrachten, genauso wie den daran anschließende Kalten Krieg, in dem Deutschland zum Schauplatz der Ost-West-Konfrontation wurde. Für ein besseres Verständnis, wie es zur deutschen Teilung kam, sei die Frage nach der „Schuld“ nicht zielführend. Stattdessen sollten die politischen und wirtschaftlichen Ziele der verschiedenen Akteure und deren Handlungsspielräume erörtert werden, um so zu einer differenzierten Betrachtungsweise zu kommen.

Im Einführungsvortrag bestätigte WOLFGANG BENZ (Berlin), dass es bisher ein geringes Interesse der Öffentlichkeit daran gebe, wie es zur Teilung kam. Er gab im Folgenden einen Überblick über die internationale Konstellation, die in den Kalten Krieg und zur deutschen Teilung führten. Schon auf der Potsdamer Konferenz 1945 hatten die Sieger-

mächte die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen beschlossen, auch wenn bis zu diesem Zeitpunkt noch keine Absicht zur Gründung zweier deutscher Staaten bestanden habe. Der unterschiedliche Umgang der Besatzer mit ihrer jeweiligen Zone und die Tatsache, dass sich im gemeinsamen Rat der Außenminister keine gemeinsame Entscheidung über die Perspektive Deutschlands treffen ließen, sorgten für ein stetiges Auseinanderdriften der vier Besatzungszonen. Die Gründung der „Bizone“ 1947 durch die USA und GB sollte dem entgegenwirken. Dass sie ab 1948 als „vereinigtes Wirtschaftsgebiet“ mit eigener Verwaltung einen „Quasi-staat“ bildete, führte Benz als administrative Basis für die Gründung der späteren BRD auf. Die Gründung eines Wirtschaftsraumes in der SBZ durch die SMAD war eine Reaktion auf die Vorgänge im Westen. Weitere Schritte wie die Währungsreform im Westen und die darauffolgende Währungsumstellung im Osten sorgten zunächst für die Teilung in zwei deutsche Währungsgebiete. 1949 erfolgte schließlich die Gründung der Bundesrepublik. Benz unterstrich, dass die folgende Gründung der DDR, lediglich eine Reaktion der Sowjetunion auf die Staatsgründung im Westen war und kennzeichnete damit den grundsätzlichen Charakter der sowjetischen Deutschlandpolitik als Reaktionen auf die Politik der westlichen Besatzungsmächte. In der anschließenden Diskussion wurde insbesondere eine vergleichende Betrachtung mit der Viermächtepolitik in Österreich angeregt. Wolfgang Benz betonte hier allerdings einen wesentlichen Unterschied: Österreich wurde als befreites Land betrachtet und deshalb anders behandelt. Das langlebige österreichische Selbstbild vom „ersten Opfer des Nationalsozialismus“ hatte seinen Ursprung somit auch in der Politik der Siegermächte.

TIM SCHANETZKY (Jena) widmete sich im folgenden Vortrag dem amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman und dem Marshallplan, den er als maßgeblich für den Beginn des Kalten Krieges und die deutsche Teilung charakterisierte. Die amerikanische Besatzungspolitik beschrieb er als ambivalent: Zum einen befürchtete die amerikanische Regierung ein wirtschaftliches Wiedererstarken Deutschlands, was zu einem erneuten Krieg

---

führen könnte, andererseits scheute man die hohen Kosten einer dauerhaften Versorgung der Deutschen. Des Weiteren sollte ein wirtschaftlich und politisch instabiles Deutschland kein Einfallstor für den Kommunismus bieten. Schanetzky betonte, dass diese Sicht der USA aber nicht nur auf Deutschland begrenzt war, sondern sich auf ganz Europa richtete. Der Marshallplan war ein gesamt-europäisches Aufbauprogramm. Da Moskau eine Beteiligung in seinem Machtbereich ablehnte, verstärkte der Marshallplan schließlich auch die deutsche Teilung. Die wirtschaftliche Bedeutung des Marshallplans für das westdeutsche Wirtschaftswunder wird allerdings bis heute überschätzt. Schanetzky charakterisierte ihn als „Schmiermittel“ für eine anlaufende Wirtschaft, die in ihrer Substanz von Kriegszerstörungen weit weniger getroffen war, als es zunächst den Eindruck machte. Allerdings gelang es den Amerikanern mit Mitteln des Marshallplanes nicht nur dessen Beitrag zum Wiederaufbau im öffentlichen Bewusstsein zu verankern, sondern den Westdeutschen die amerikanische Lebensweise durch eine Vielzahl kulturpolitischer Maßnahmen nahe zu bringen. In der anschließenden Diskussion wurden das Ausmaß der Demontagen als ein weiterer Unterschied der amerikanischen und der sowjetischen Besatzungspolitik betont.

Der Vortrag von ELKE SCHERSTJANOI (Berlin) nahm im Gegenzug die Rolle Stalins für die deutsche Teilung in den Blick. Sie wandte sich gegen die lange Zeit etablierte Sichtweise, Stalin habe zielstrebig die Gründung eines sozialistischen Staates verfolgt. Stattdessen charakterisierte sie Stalin als einen Akteur, der die Zukunft Deutschlands zunächst als offen begriff. Die Aufteilung in Besatzungszonen sei von Stalin lediglich als Mittel zur Beschaffung der Reparationen betrachtet worden, nicht als Vorbereitung zur Teilung des Landes. Stalins politisches Ziel habe vielmehr darin bestanden, einen Friedensvertrag zu schließen, Deutschland dauerhaft zu entmachten und die USA aus Europa zu verdrängen. Noch Anfang 1949 habe Stalin Pläne zur Sozialisierung der SBZ zurückgewiesen, die von einigen sowjetischen Offizieren in der SMAD vorangetrieben worden waren. Die Gründung der DDR sei eine Reaktion

auf die Gründung der BRD gewesen, die Stalin als ein Provisorium bis zum Abschluss eines Friedensvertrages betrachtet habe. In der anschließenden Diskussion wurde kontrovers diskutiert, inwieweit die Politik des SMAD in der SBZ nicht zielstrebig auf ein Ausschalten politischer Konkurrenten und damit auf die Etablierung einer Diktatur nach sowjetischem Vorbild hinauslief.

TIM GEIGER (Berlin) behandelte in seinem Vortrag die Rolle Konrad Adenauers für die Westintegration der Bundesrepublik. Adenauer sah in der Westintegration sowohl eine Sicherung vor einer erneuten nationalistischen Hybris als Mittelmacht und zugleich als Schutz vor Moskau und dem Kommunismus in der aufziehenden bipolaren Weltordnung. Die Aussöhnung mit Frankreich betrachtete Adenauer als unabdingbare Voraussetzung einer Westorientierung Deutschlands. Ein in den Stalin-Noten in Aussicht gestelltes neutrales Gesamtdeutschland war für ihn deshalb keine Option. Als weitere Schritte zur Westintegration der BRD führte Geiger den Beitritt zum Europarat, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, aus der sich die EG entwickeln sollte, und der NATO an. Gleichzeitig zeigte er auf, dass Adenauer jeden dieser Schritte auch dazu nutzte, um die Souveränität des westdeutschen Teilstaates wiederzugewinnen. Obwohl Adenauer die Westintegration als eine Voraussetzung für die Wiedervereinigung ansah, geriet letztere im Kontext des Kalten Kriegs immer mehr von der Tagesordnung. Die anschließende Diskussion griff die Frage nach den Handlungsspielräumen Adenauers auf, die Geiger als sehr begrenzt charakterisierte, da sich die Bundesrepublik als Verlierer des Zweiten Weltkrieges und bis 1955 nicht souveräner Staat an den grundsätzlichen Entscheidungen der westlichen Siegermächte orientieren musste.

Als Gegenstück zur Rolle Adenauers betrachtete der Vortrag von HERMANN WENTKER (Berlin) die Rolle Walter Ulbrichts für die Ostintegration der SBZ/DDR. Er zeigte auf, dass kein direkter Weg von der SBZ zur DDR geführt habe und griff Argumente auf, die auch im Vortrag von Elke Scherstjanoi aufgeführt wurden. Wentker betonte, dass Stalin die deutschen Kommunisten, darunter

auch Ulbricht, in ihren Absichten gebremst habe, ein sozialistisches Gesellschaftsmodell in der SBZ einzuführen. Dennoch trug die Aufnahme diplomatischer Beziehungen der DDR mit der Sowjetunion, die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze und dem Beitritt zum RGW zur Integration in den Ostblock bei. Erst mit der Ablehnung der Stalinnoten 1952 durch die Westmächte folgte ein von Ulbricht geprägter Weg zum Staatsozialismus. Ulbricht gewann an Reputation in Moskau und war fortan bemüht, der DDR auch internationale Anerkennung zu verschaffen. In der Diskussion wurde die Frage aufgeworfen, ob Stalin einer Vereinigung Deutschlands als nichtsozialistisches Land zugestimmt hätte. Wentker verwies darauf, dass es Stalins Ziel gewesen sei, politischen Einfluss auf ein neutrales Gesamtdeutschland zu gewinnen. Wie er diesen Einfluss genutzt hätte, bleibe Spekulation, doch sei es beispielsweise schwer vorstellbar, dass man die in der SBZ vollzogene Bodenreform wieder rückgängig gemacht hätte.

GERD DIETRICH (Berlin) beendete das Seminar mit einer Präsentation von Karikaturen und Witzen, die einen zeitgenössischen Blick auf die deutsche Teilung wiedergaben. Im Zentrum der humorvollen Kommentierung des Zeitgeschehens standen dabei die Besatzer, der aufziehende Kalte Krieg und die Aufrüstung sowie den Folgen der deutschen Teilung.

Die Veranstaltung bot den Teilnehmern einen guten Überblick über die außen- und innenpolitischen Faktoren, die zur deutschen Teilung führten, und deren Interpretationsmöglichkeiten. Insgesamt erfüllte sie diesen Anspruch und machte deutlich, dass sich der Blick auf die deutsche Teilung 1949 durchaus lohnt und nicht hinter den diesjährigen Jubiläen der Jahre 1919 und 1989 zurückstehen sollte, da die Behandlung dieser Thematik auch neue Perspektiven auf die Wiedervereinigung ermöglicht.

#### **Konferenzübersicht:**

Franz-Josef Schlichting (Landeszentrale für politische Bildung Thüringen) / Jörg Ganzenmüller (Stiftung Ettersberg): Begrüßung und Einführung

Wolfgang Benz (TU Berlin): Einführungsvor-

trag: Wie es zur deutschen Teilung kam

Tim Schanetzky (FSU Jena): Truman und der Marshall-Plan: Wirtschaftshilfe für den Wiederaufbau Westdeutschlands?

Elke Scherstjanoi (IfZ München-Berlin): Stalin und die SBZ: Ungeliebtes Kind oder Sozialismus im halben Land?

Tim Geiger (IfZ München-Berlin): Adenauer und die Westintegration der westlichen Besatzungszonen

Hermann Wentker (IfZ München-Berlin): Ulbricht und die Integration der DDR in den Machtbereich der Sowjetunion

Gerd Dietrich (HU Berlin): Die deutsche Teilung und Satire und politischem Witz in Ost und West

Tagungsbericht *Verspielte Einheit? Der Kalte Krieg und die doppelte Staatsgründung 1949*. 13.04.2019, Erfurt, in: H-Soz-Kult 03.08.2019.